

Kräftig sparen

Den **deutschen Staatsfinanzen** droht demografiebedingt der Kollaps

Für Bundesfinanzminister Peer Steinbrück könnte es kaum besser laufen. Zwar streitet sich der SPD-Politiker mit dem Koalitionspartner über die Details der für 2008 geplanten Unternehmenssteuerreform. Dafür aber muss er sich derzeit weniger Sorgen um die Lächer in den öffentlichen Haushalten machen. Denn die gute Konjunktur lässt die Steuerquellen kräftig sprudeln. Angesichts der steigenden Unternehmensgewinne sorgen vor allem die Körperschaft- und Gewerbesteuererinnahmen für einen unerwarteten Geldsegen in den Kassen von Bund, Ländern und Gemeinden.

Auch die Sozialversicherungen verzeichnen einen spürbaren Mittelzufluss. In der Rentenversicherung haben sich die Einnahmen nach dem dramatischen Einbruch im Herbst 2005 in den ersten sechs Monaten 2006 deutlich verbessert. Die Zuflüsse aus den Pflichtbeiträgen legten um 14,2 Prozent auf 78,1 Milliarden Euro zu. Deutlich besser als erwartet entwickeln sich auch die Einnahmen der Bundesagentur für Arbeit (BA). In der ersten Jahreshälfte überschritten sie den Planansatz der Behörde um zwei Prozent. Beide Versicherungszweige profitieren zwar davon, dass ihnen in diesem Jahr wegen der vorgezogenen Fälligkeit der Sozialbeiträge insgesamt 13 Monatsbeiträge zufließen. Doch auch ohne diesen Sondereffekt liegen die Einnahmen höher als im Vorjahr. Der Grund: Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat sich seit dem Frühjahr leicht erhöht, und die beitragspflichtigen Löhne sind stärker gestiegen als erwartet. Bei der Arbeitslosenversicherung kommt hinzu, dass die Ausgaben kräftig gesunken sind. Von Januar bis Juni lagen sie um zwölf Prozent beziehungsweise 3,2 Milliarden Euro unter der Planung der BA. Das ist vor allem auf die geringeren Ausgaben der Behörde für Arbeitslosengeld und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zurückzuführen. BA-Chef Frank-Jürgen Weise rechnet für 2006 daher mit einem Einnahmeüberschuss in seinem Haushalt von sechs Milliarden Euro. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) erwartet sogar ein Plus von 7,5 Milliarden Euro.

Den IfW-Schätzungen zufolge werden die kräftigen Einnahmezunahme bei Bund, Ländern und Sozialversicherungen das gesamtstaatliche Defizit in diesem Jahr auf 2,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) absenken (2005: 3,3 Prozent). Im nächsten Jahr dürfte die Defizitquote dann sogar auf 2,2 Prozent sinken. Angesichts dieser günstigen Entwicklung hat die EU-

Kommission in der vorvergangenen Woche empfohlen, das seit 2003 gegen Deutschland laufende Defizitverfahren aufzuheben. Für eine Entwarnung an der haushaltspolitischen Front ist es jedoch zu früh. Selbst die EU-Kommission warnt die Bundesregierung, die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen in Deutschland sei mittelfristig keinesfalls gewährleistet. Dies gilt vor allem mit Blick auf die demografische Entwicklung. Die voranschreitende Alterung der Bevölkerung wird die Ausgaben des Staates für Renten und Pensionen, Gesundheitsleistungen und Pflege in den nächsten Jahren drastisch in die Höhe treiben. In einer aktuellen Studie hat die EU-Kommission errechnet, dass sich die Ausgaben für Renten und Pensionen in Deutschland von derzeit 11,1 Prozent des BIPs bis 2050 auf

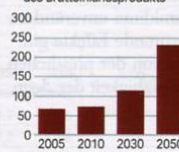
13,5 Prozent erhöhen werden. Die Ausgaben für Gesundheitsleistungen werden im gleichen Zeitraum von 6,1 auf 7,2 Prozent des BIPs steigen, und der Anteil der Pflegeausgaben wird sich auf zwei Prozent verdoppeln. Unter der Annahme, dass die Steuereinnahmen und demografieunabhängigen Staatsausgaben in Relation zum BIP unverändert bleiben, werden die alterungsbedingten Mehrausgaben die öffentlichen Schulden dramatisch in die Höhe treiben. Der Schuldenstand des Staates wird nach Berechnungen der EU von reichlich 67 Prozent des BIPs im vergangenen Jahr auf 232 Prozent im Jahr 2050 explodieren (siehe Grafik), die Staatsfinanzen stünden vor dem Kollaps.

Um dies zu vermeiden, gibt es nur zwei Möglichkeiten. Erstens: Die Regierung hebt in den nächsten Jahren die Steuern und Abgaben weiter kräftig an. Dann ließen sich die demografisch bedingten Mehrausgaben zwar ohne zusätzliche Kredite finanzieren. Doch die steigende Abgabenbelastung würde Investoren

und Arbeitskräfte vergraulen und die deutsche Wirtschaft ruinieren. Daher bleibt nur die Alternative, die demografieunabhängigen Staatsausgaben radikal zu kürzen. Möglichkeiten dafür gibt es genug. Allein die Subventionen des Staates verschlingen Jahr für Jahr jeden dritten Euro, den der Fiskus an Steuern einnimmt. Diesen Wahnsinn wird sich Deutschland angesichts der demografischen Zeitenwende nicht mehr lange leisten können. Für Peer Steinbrück bleibt also noch viel zu tun.

malte.fischer@wiwo.de

Schulden ohne Ende
Staatsverschuldung in Prozent des Bruttoinlandsprodukts*



* ab 2010 Schätzung, Quelle: Europäische Kommission



Malte Fischer Konjunkturperte

FOTO: FRANK SCHEMANN FÜR WIRTSCHAFTSWOCHEN

Sehr geehrte Damen und Herren,

Zu Ihrem Artikel „Kräftig sparen“

Die wirkliche Herausforderung mit einer völligen Neujustierung der Gesellschaften lautet nicht **kräftig sparen** sondern ein Ausgleich der Leute **die Kinder haben** zu denen **die keine Kinder** haben .

Hier ist nach wie vor eine erhebliche Schieflage zu Ungunsten der Menschen mit Kindern zu verzeichnen.

Wie sonst soll die erforderliche Geburtenrate von derzeit 1,36 um 1/3 auf eine erforderliche Bestandserhaltung 2,10 steigen ?

Wir haben jahrelang über Stabilitätskriterien des Euro gesprochen. Dieser wird jetzt wieder eingehalten, und ist für den Staatshaushalt ein wichtiger Wert.

„Reden wir doch mal über einen **demografischen Stabilitätsfaktor** von 2,10 denn es als Ziel zu erreichen gilt.

Diesem demografischen Stabilitätsfaktor sollte wie dem Euro Stabilitätsfaktor alles untergeordnet werden.

Hierbei geht es überhaupt nicht darum Kinderlose an den Pranger zu stellen, sondern so zu Gunsten von Menschen mit Kindern umzuschichten, mit Privilegien und finanzieller Ausstattung, „damit es eine ausreichende nachwachsende Generation“ gibt.

Solange müsste umgeschichtet werden - bis die Geburtenrate die Bestandserhaltung von 2,1 erreicht.

Unsere Gesellschaft und Politik sieht dies nicht – oder will es nicht sehen. Wir sind daher im Sinne der Evolution eine sehr schwache Gesellschaft, zu schwach um auf Dauer zu überleben – und sterben daher aus.

Wir haben jahrelang über nachwachsende Rohstoffe und Energien gesprochen. Sprechen wir doch mal, was zu tun ist, für eine ausreichende nachwachsende menschliche Generation zu sorgen.

Man hat den Eindruck, unsere tatsächliche Politik handelt, „ wie wir uns, möglichst umweltfreundlich, als Gesellschaft von der Weltbühne durch immer geringer werdenden Nachwuchs verabschieden“

Mit dem tagtäglichen verkrusteten, ideenlosen oberflächlichen Denken bezüglich Kinderfreundlichkeit der Politiklandschaft nach den jeweiligen parteigefärbten Platitüden bewegt sich in Wirklichkeit nichts „für eine ausreichende nachwachsende Generation“ zu sorgen.

Mit freundlichen Grüßen

Josef Tieber

Diese Fassung wurde gekürzt als Leserbrief veröffentlicht.

Politik + Weltwirtschaft - Der Konjunkturkommentar: Den deutschen Staatsfinanzen droht demografiebedingt der Kollaps. Heft 31/2206

Staatsfinanzen

Einen demografischen Stabilitätsfaktor von 2,1 gilt es als Ziel zu erreichen. Diesem sollte alles untergeordnet werden. Hierbei geht es überhaupt nicht darum, Kinderlose an den Pranger zu stellen, sondern zugunsten von Menschen mit Kindern umzuschichten, mit Privilegien und finanzieller Ausstattung, damit es eine ausreichend nachwachsende Generation gibt. Man hat den Eindruck, unsere Politik handelt so, dass wir uns möglichst umweltfreundlich als Gesellschaft von der

112 WirtschaftsWoche | 21.8.2006 | Nr. 34

Weltbühne durch immer geringer werdenden Nachwuchs verabschieden.

Josef Tieber
Wegberg (Nordrhein-Westfalen)

E – Mail : info@club-der-bunten.de



www.club-der-bunten.de